

Inhalt

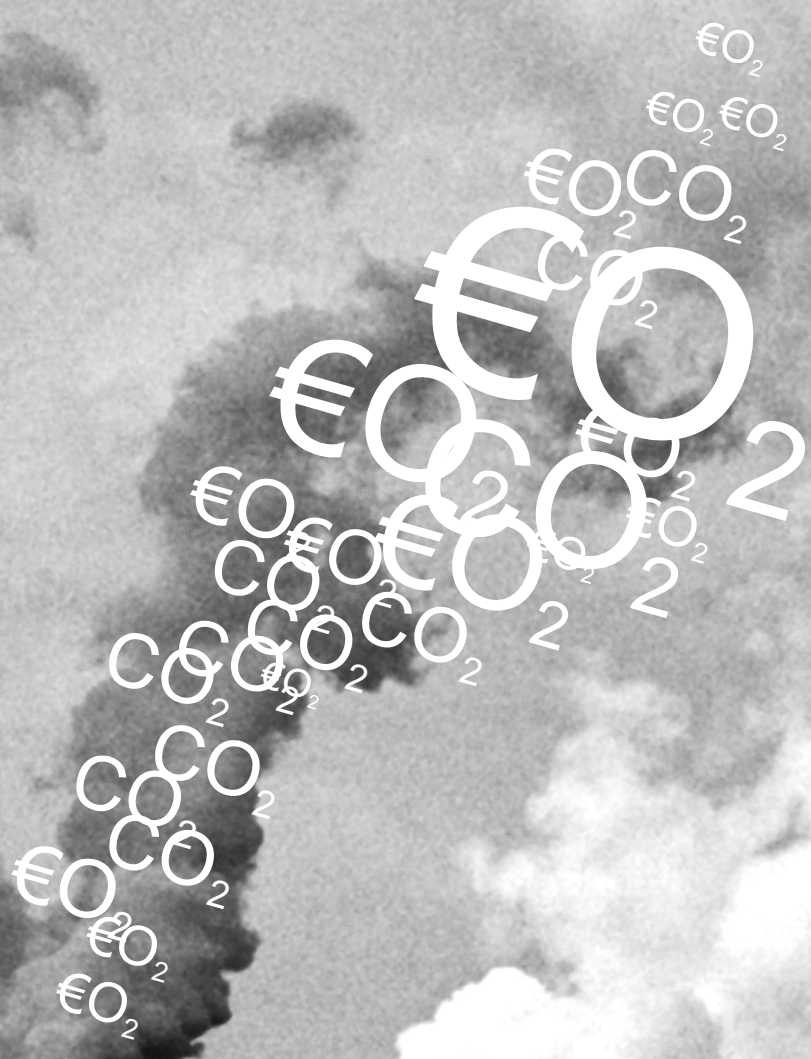
II Was die GCET 2007 so bemerkenswert macht
Von Anselm Görres

III Verkannte Erfolge – großes Potenzial
Von Kai Schlegelmilch und Bettina Meyer

IV Besser abschneiden mit der Öko-Steuer
Von Stefan Speck

V Neuartige Steuern, die gut steuern
Von Ernst Ulrich von Weizsäcker

VI Vielversprechende Ansätze fördern
Von Axel Olearius, Stephanie Lorek und Marina Kosmus



Ökosteuern weltweit auf dem Vormarsch

Eine Dokumentation der 8. Weltumweltsteuer-Konferenz in München

DIESES PROJEKT WURDE GEFÖRDERT VON:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Umwelt
Bundes
Amt
Für Mensch und Umwelt



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

gtz



Weltumweltsteuer-Konferenz

Was die GCET 2007 so bemerkenswert macht

Von Anselm Görres

— Vom 18. bis 20. Oktober 2007 kamen in München 300 Menschen aus 49 Ländern zur achten Global Conference on Environmental Taxation (GCET) mit dem Untertitel Innovation, Technology and Employment – Impacts of Environmental Fiscal Reform and other Market-Based Instruments zusammen. Was machte diese Konferenz zu einem bemerkenswerten, ja außerordentlichen Ereignis?

Die Konferenzserie GCET wurde im Herbst 1999 von vier Universitätsprofessoren ins Leben gerufen. Nach der ersten Tagung in Cleveland mit rund 60 Teilnehmer(inne)n folgten Konferenzen zum Beispiel in Vancouver, Sydney, Pavia und schließlich in München – eine beachtliche Tagungstradition ist entstanden.

Innovative Erweiterung

Die bisherigen Tagungen waren rein akademische Veranstaltungen. Der Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. (FÖS) als Konferenzorganisator ist stolz darauf, die Gründer von einem neuen Konzept überzeugt zu haben: Nicht nur Forscher, sondern auch Politikerinnen, NGO-Vertreter und Geschäftsleute wurden eingeladen, der fachliche Fokus wurde auf das gesamte Arsenal marktwirtschaftlicher Instrumente aus-

gedehnt. Ein Workshop-Block und ein Nachmittag im Plenum waren für politische und NGO-Beiträge reserviert. Überdies profitierte die Konferenz von dem zweitgrößigen Workshop Environmental Fiscal Reform in Developing, Emerging and Transition Economies, der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) organisiert wurde.

Spürbare Veränderung der Stimmung

Während sich der Tagungsgegenstand in den Pionierjahren für einen Großteil der Teilnehmer(innen) noch neu und voller ungeklärter Fragen zeigte, waren die veränderte Ausgangslage und Stimmung in München eindrucksvoll: Nicht wir, die Vorkämpfer konsequenten Klimaschutzes, sind heute die Geisterfahrer, sondern die Ignoranten des Klimawandels müssen immer stärker fürchten, bald einsam auf der falschen Spur zu fahren! Wir bewegen uns heute auf dem gesicherten Boden bewährter, volkswirtschaftlich und ökologisch effizienter Instrumente. Es müssen nicht mehr fachliche Einwände widerlegt, sondern populistische Vorwände und lobbyistische Scheinargumente überwunden werden. Wir müssen nun das Funktionieren unserer Ideen nicht mehr beweisen – aber noch viel besser verkaufen!

Eine völlig veränderte Grundbotschaft

Heute können wir Öffentlichkeit und Politik also viel selbstbewusster ansprechen: Wisst Ihr denn immer noch nicht, dass man das Klima schützen und gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen und Armut reduzieren kann?

Intelligenter Klimaschutz ist in vielen Fällen kostenlos oder sogar zu negativen volkswirtschaftlichen Kosten zu haben. Wenn er Kosten implizieren sollte, so liegen diese auf jeden Fall weit niedriger als die Kosten, die durch unterlassenen Umweltschutz entstehen.

Politischer Rückenwind

Wer wie wir seit Jahren für eines der unpopulärsten Klimainstrumente eintritt, ist von öffentlicher Zustimmung nicht gerade verwöhnt. Doch auch hier erwies sich die GCET 2007 als ein Ort vielfacher Premieren. Bei früheren GCETs hatten Gastredner aus Wirtschaft und Politik meist unser wissenschaftliches Bestreben gelobt, sich mit inhaltlichen Politbekenntnissen aber zurückgehalten. Anders in München: Vom Oberbürgermeister Christian Ude über den Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, und den tschechischen Umweltminister Martin Bursik bis zum schwedischen Finanzstaatssekretär Ingemar Hansson überraschte uns eine außerordentlich klare Fürsprache zur Fortsetzung der ÖSR. Ernst Ulrich von Weizsäcker brachte einen viel beachteten Vorschlag zur Fortentwicklung der Ökosteuer vor und Klaus Töpfer wurde vom FÖS mit dem Adam-Smith-Preis für ökologische Marktwirtschaft geehrt und bedankte sich mit einem leidenschaftlichen Beitrag.

Die GCET 2007 war mit Abstand die größte und international erfolgreichste Veranstaltung, die der FÖS bisher organisiert hat. Wir sind sehr stolz darauf, dass die Tagung nach dem Urteil aller Teilnehmer(innen) die bisher umfangreichste, interessanteste und lebendigste GCET-Konferenz war.

Für uns ist dieser Erfolg ein Ansporn, den Aufbau einer europäischen Plattform zur Förderung marktwirtschaftlicher Umweltpolitik in Angriff zu nehmen. —



Zum Autor

Dr. Anselm Görres, geb. 1952, ist Diplom-Volkswirt und war unter anderem als Berater bei McKinsey & Co tätig. Er ist Vorsitzender des Fördervereins

Ökologische Steuerreform e.V.

Kontakt

E-Mail foes@foes.de

Verkannte Erfolge – großes Potenzial

Von Kai Schlegelmilch und Bettina Meyer

Im Rahmen der von 1999 bis 2003 umgesetzten Ökologischen Steuerreform (ÖSR) hat die damalige Bundesregierung unter anderem die Steuern auf Heiz- und Kraftstoffe sowie auf Strom angehoben. Außerdem wurde die Eigenheimzulage reduziert, die Entfernungspauschale reformiert und die Kohlesubventionen wurden abgebaut. Die ÖSR hat in ihren zentralen Wirkungsbereichen positive, in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch auch negative Erfahrungen mit sich gebracht.

Voller Erfolg

In ökologischer und ökonomischer Hinsicht hat die Reform die Erwartungen eindeutig erfüllt: Bis zu 250.000 Arbeitsplätze wurden geschaffen. Die Rentenversicherungsbeiträge lagen 1,7 Prozentpunkte niedriger, als sie ohne die Einnahmen aus der Ökosteuern lägen. Der Anteil der Umweltsteuern am gesamten Steuer- und Abgabenaufkommen wuchs von 5,2 Prozent im Jahr 1998 auf 6,6 Prozent im Jahr 2003. Zugleich werden die CO₂-Emissionen bis 2010 voraussichtlich um zwei bis drei Prozent sinken. Von 1999 bis 2006 ging der Absatz von Straßenkraftstoffen um 17 Prozent zurück. Eine derartige Entwicklung hat es in den vergangenen 60 Jahren nicht annähernd gegeben. Dies gilt auch, wenn berücksichtigt wird, dass ein Teil dem Tanktourismus und gestiegenen Weltölpreisen zuzurechnen ist.

Zu wenig soziale Akzeptanz

Dennoch führte selbst die doppelte Dividende nicht zu ausreichender sozialer Akzeptanz der ÖSR. Es scheint heute für die Politik sehr schwierig, weitere Schritte der Reform umzusetzen. Dies hängt mit der leicht regressiven Wirkung der ÖSR zusammen, vielleicht aber noch stärker mit den

Kampagnen gegen sie. Auch die stark gestiegenen Öl-, Gas- und Strompreise erschweren weitere Schritte. Die Fortsetzung der ÖSR ist aber in jedem Fall erforderlich:

□ Für mehr Klimaschutz und Versorgungssicherheit ist es sinnvoll, Steuern auf Heizstoffe maßvoll anzuheben.

□ Deutschland sollte wie Frankreich, Großbritannien und die Niederlande eine Ticket- bzw. Flugzeugabgabe einführen, um so dem Luftverkehr wenigstens einen Teil der von ihm verursachten Kosten anzulasten.

□ Die von der Bundesregierung schon seit Langem angekündigte CO₂-Differenzierung der Kfz-Steuer ist endlich umzusetzen.

□ Die Lkw-Maut sollte stärker nach umweltrelevanten Gesichtspunkten differenziert und erhöht werden.

□ Es ist erforderlich, die gewerbliche Dieselbesteuerung auf EU-Ebene zu harmonisieren.

□ Bei der Entfernungspauschale ist ein einheitlicher geringer Satz von etwa zehn Cent pro Kilometer anzustreben.

□ Steuervorteile für Dienstwagen sind zu beseitigen.

□ Emissionshandel und Energiebesteuerung sollten noch weiter aufeinander abgestimmt werden, einzeln eingesetzte Instrumente werden die Ziele nicht erreichen.

□ Eine Reform der Sonderregelungen für energieintensive Unternehmen ist erforderlich.

□ Kernbrennstoffe sollten besteuert werden.

□ Für umweltpolitische Handlungsfelder wie Flächenverbrauch, Wasser, Abwasser, Abfall und Landwirtschaft sind weitere marktwirtschaftliche Instrumente einzuführen.

□ Instrumente wie Einspeisesysteme (Erneuerbare-Energien-Gesetz, Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz) oder das Biokraftstoff-

quotengesetz –, die zugleich die Energiepreise erhöhen, aber als weniger problematisch empfunden werden als explizite Steuererhöhungen –, sollten verstärkt genutzt werden.

Das im Dezember 2007 von der Bundesregierung beschlossene Integrierte Energie- und Klimaschutzprogramm ist ein ansehnliches Maßnahmenpaket. Für die Sektoren Verkehr, Industrie, private Haushalte sowie Gewerbe, Handel und Dienstleistungen bietet es aber zu wenig Impulse. Die skizzierten Bausteine einer ökologischen Finanzreform könnten auf die Herausforderungen der Klimaschutzpolitik und der Haushaltskonsolidierung noch wirksamere Antworten geben.

Der Artikel stellt einen persönlichen Meinungsbeitrag dar.



Zu den Autoren

Kai Schlegelmilch, geb. 1965, ist Bankkaufmann und Diplom-Volkswirt. Er ist im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit tätig und seit 2002 stellvertretender Vorsitzender des von ihm mitbegründeten Fördervereins Ökologische Steuerreform e.V.

Bettina Meyer, geb. 1963, studierte Volkswirtschaftslehre und ist Referentin für Klimaschutz und ökonomische Instrumente im Umweltschutz. Sie ist Vorstandsmitglied des Fördervereins Ökologische Steuerreform e.V.

Kontakt

E-Mail Kai.Schlegelmilch@bmu.bund.de
E-Mail meyertina-kiel@t-online.de

Besser abschneiden mit der Öko-Steuer

Von Stefan Speck

_____ Dänemark, Finnland, Deutschland, Niederlande, Schweden und Großbritannien führten in den vergangenen 15 Jahren Ökologische Steuerreformen (ÖSR) ein. Das von der Europäischen Kommission finanzierte Projekt Competitiveness Effects of Environmental Tax Reforms hatte zum Ziel, die Auswirkungen der Reformen in diesen Ländern zu analysieren. Hauptinteresse war die Frage, ob ÖSR die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft beeinträchtigen. (1)

Große Unterschiede im Ländervergleich

In der Studie wurden die länderspezifischen Ansätze der implementierten ÖSR untersucht. Besonderes Augenmerk lag hierbei auf den unterschiedlichen Maßnahmen, die im Bereich der Energiebesteuerung der Industrien in den einzelnen Ländern eingeführt wurden. Alle analysierten Länder halten die Energiesteuersätze für energieintensive Industriebranchen niedriger als für energieextensive Branchen, den Dienstleistungsbereich und den privaten Energiekonsum. Diese energiesteuerlichen Ausnahmeregelungen der ÖSR variieren in den betreffenden Län-

dern jedoch erheblich. Auch im Hinblick darauf, wie die Steuermehreinnahmen in die Ökonomie rückverteilt werden, zeigen sich große Unterschiede.

Ein Schwerpunkt des Projekts war eine makroökonomische Analyse, basierend auf dem E3ME-Modell von Cambridge Econometrics. (2) Es wurde untersucht, wie sich die ÖSR auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und auf umweltrelevante Indikatoren wie Energieverbrauch und CO₂-Emissionen auswirken. Diese Szenarianalyse verglich jeweils die tatsächliche Entwicklung mit einer Situation, in der die sechs Länder die ÖSR nicht eingeführt hätten.

Ausschließlich positive Effekte der ÖSR

Die Modellrechnungen kommen zu folgenden Ergebnissen:

□ ÖSR führten in den analysierten Ländern zu einem Rückgang des Energieverbrauchs. Das Ausmaß des Rückgangs hängt von verschiedenen Faktoren ab. Hierzu zählen unter anderem die Höhe der Energiesteuern und die Art und Weise, wie diese sich auf die Verbraucherpreise der verschiedenen Energieträger auswirken und damit den Energieverbrauch einzelner Nutzergruppen beeinflussen. Die Simulationen zeigen, dass rund vier Prozent weniger Energie verbraucht wurden, verglichen mit einer Situation, die sich ohne die Einführung von ÖSR eingestellt hätte.

□ Die Ergebnisse der Szenarien zeigen, dass die Treibhausgasemissionen in allen Ländern reduziert werden konnten. Am größten ist die Reduktion in den Ländern, die Energie am höchsten besteuern.

□ Die Einnahmen, die durch die eingeführten und/oder erhöhten Energiesteuern als wichtigem Bestandteil von ÖSR dem Staatshaushalt zufallen, reduzieren die Gesamtkosten von ÖSR. Als Folge die-

ser Rückführung der Einnahmen kann ein Anstieg des BIP erwartet werden. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieser Maßnahme variieren zwischen den Ländern und hängen stark von länderspezifischen Kriterien ab.

□ Die ÖSR hatten keinen negativen Einfluss auf das Wachstum der verschiedenen Volkswirtschaften. Die Analyse zeigt einen Anstieg des BIP sowie der Beschäftigtenzahl in allen untersuchten Ländern. _____

Anmerkungen

(1) Das Projekt wurde vom National Environmental Research Institute der dänischen University of Aarhus koordiniert, weitere Projektpartner waren: Cambridge Econometrics aus England, das irische Economic and Social Research Institute, das Prager Institute for Economic and Environmental Policy, das englische Policy Studies Institute und das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche. Der Endbericht und alle Teilstudien befinden sich auf der Webseite des Projekts: www2.dmu.dk/cometr

(2) www.e3me.com

Neben Deutschland haben auch einige andere europäische Staaten Ökologische Steuerreformen eingeführt.



Zum Autor

Stefan Speck, geb. 1962, studierte Volkswirtschaftslehre in Heidelberg und promovierte in Umweltökonomie an der University of Keele in England. Er

ist freiberuflicher Consultant in umweltökonomischen und umweltpolitischen Fragestellungen und hat sich im Bereich Umweltsteuern und Umweltfinanzierung spezialisiert.

Kontakt

E-Mail stefanspeck@hotmail.com



Von hoher Arbeits- zu höherer Ressourcenproduktivität

Neuartige Steuern, die gut steuern

Von Ernst Ulrich von Weizsäcker

Wer findet Steuern schon gut? Abzocke, Politikerbereicherung, Wirtschaftsschädigung, so lauten die presseüblichen Schimpfworte. Was ich in diesem Artikel empfehle, soll innovationsfördernd und sozial ausgewogen sein – für eine Abzocke also völlig ungeeignet. Und es soll als Antwort auf die Klimakrise dienen.

Der Klimawandel verlangt es, unseren technischen Fortschritt neu auszurichten. Seit Beginn der Industriellen Revolution lag der Fortschritt hauptsächlich in einer stetigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität – sie ist heute gut zwanzigmal so hoch wie etwa zu Goethes Zeiten. Kümmerlich zurückgeblieben ist dagegen die Ressourcenproduktivität. Das muss sich ändern. Wenn wir aus einem Gramm Kohle zwanzigmal so viel Wohlstand herauszauberten wie heute üblich, könnten alle klimapolitischen Probleme gelöst werden.

Gegenläufige Entwicklung

Die Arbeitsproduktivität ist ununterbrochen gewachsen, vor allem durch die steigenden Arbeitskosten. Und die Arbeitskosten wiederum stiegen hauptsächlich durch die wachsende Arbeitsproduktivität. In vielen Ländern entwickelten sich Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität parallel. (Abb. 1)

Für die Ressourcenproduktivität zeigt sich ein völlig anderes Bild – sie ist von etwa 1800 bis in die 1970er Jahre fast kontinuierlich gesunken. Unter dem Eindruck der beiden Ölpreisschocks drehte sich der Trend um und wir erlebten einen bescheidenen Anstieg. Der Hauptgrund für die Schwäche der Ressourcenproduktivität liegt im kontinuierlichen Fall der Ressourcenpreise über die vergangenen 200 Jahre. Einen Preisanstieg gab es nur während der Weltkriegszeiten und gibt es seit dem massiven Auftreten Chinas als Rohstoffkäufer, also etwa seit dem Jahr 2000.

Signal an Hersteller und Verbraucher

Daher empfehle ich, eine neuartige ökologische Steuerreform zu entwickeln: Sie sollte die Primärressourcenpreise anheben, und zwar in Proportion zum Anstieg der Ressourcenproduktivität. Wenn also im Jahr 2006 die volkswirtschaftliche Energieproduktivität um zwei Prozent angestiegen ist, sollten die Energiepreise ebenfalls um zwei Prozent (inflationbereinigt) erhöht werden. Marktschwankungen könnten durch vierteljährliche Anpassungen ausgeglichen werden.

Der Sinn dieser Maßnahme ist nicht, fiskalisches Einkommen zu erwirtschaften, da ja die Steuerbasis tendenziell vermindert und so die Erhöhung des Steuersatzes weitgehend kompensiert wird. Der Sinn ist vielmehr, Herstellern und Verbraucher(inne)n eine langfristige Richtung vorzugeben. Dies dürfte nach Logik des Marktes rasch zu Investitionen führen, welche die Ressourcenproduktivität erhöhen sollen. Aber anders als bei reinen Effizienzvorschriften sollte dieses Preissignal auch zu verändertem Ver-

braucherverhalten führen. Mit den zu Beginn der Maßnahme erzielten Steuereinnahmen würde der Faktor Arbeit fiskalisch entlastet. Aus sozialen Gründen kann ein steuerfreier Verbrauchssockel erwogen werden.

Wenn ein solches System beispielsweise über 50 Jahre aufrechterhalten würde, dürfte sich die Ressourcenproduktivität vervielfachen, bei weiteren 50 Jahren vielleicht nochmals vervierfachen. Insgesamt entspräche dies der erwähnten Verzwanzigfachung. An technische Grenzen dürfte der Produktivitätspfad erst deutlich später stoßen.

Anmerkung

Die hier umrissenen Gedanken werden in dem neuen Buch „Factor Five“ von Ernst Ulrich von Weizsäcker und Charlie Hargroves weiter ausgebaut (Earthscan, London, Ende 2008, deutsch voraussichtlich 2009).



Zum Autor

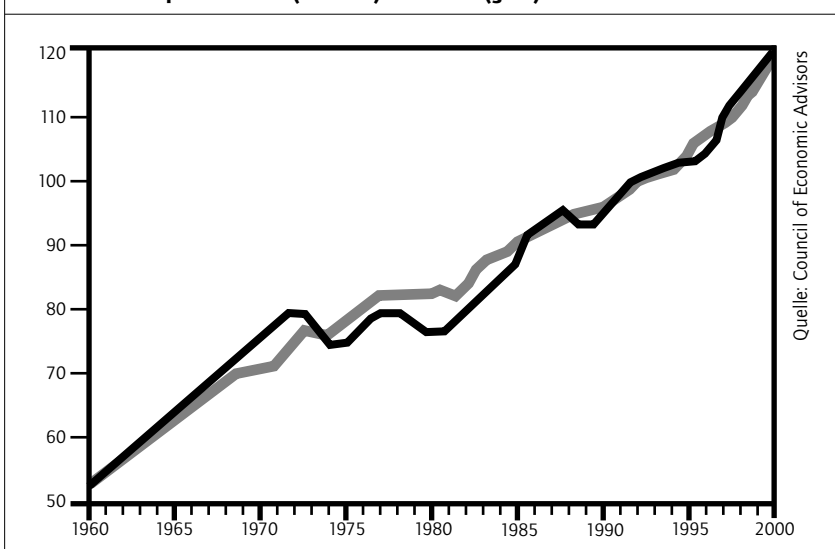
Ernst Ulrich von Weizsäcker, geb. 1939, studierte Biologie und war unter anderem Mitbegründer des Instituts für Klima, Umwelt und Energie in Wuppertal. Er ist

Dekan der kalifornischen Donald Bren School of Environmental Science and Management in Santa Barbara und Mitglied des Club of Rome.

Kontakt

www.ernst.weizsaecker.de

Abb. 1 Arbeitsproduktivität (schwarz) und Löhne (grau) von 1960 bis 2000 in den USA



Vielversprechende Ansätze fördern

Von Axel Olearius, Stephanie Lorek und Marina Kosmus

Die ärmsten Länder und die ärmsten Menschen der Erde sind am stärksten von natürlichen Ressourcen abhängig – und deshalb auch am härtesten von deren Degradation betroffen. Einkommensschwache Staaten erwirtschaften schätzungsweise 26 Prozent ihres Wohlstands durch die Nutzung natürlicher Ressourcen. Zum Vergleich: In Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind dies lediglich zwei Prozent. (1) In Städten sind arme Bevölkerungsschichten besonders von Luft- und Wasserverschmutzung sowie von Müllproblemen betroffen. Sie haben zudem keine Chance, diesen negativen Folgen der Urbanisierung zu entkommen.

Ökologische Finanz- und Steuerreformen (ÖFSR) können helfen, den komplexen Zusammenhang zwischen natürlichen Ressourcen und Armut in Entwicklungs- und Schwellenländern zu steuern. ÖFSR haben das Potenzial, die Armut zu reduzieren. Direkt, indem sie Verhaltensweisen fördern, die Umweltprobleme wie Wasser- und Luftverschmutzung mindern. Indirekt, indem sie finanzielle Mittel für Wasserver- und -entsorgung, Gesundheit und Bildung bereitstellen.

Erste Umsetzungsversuche in Entwicklungsländern

Das Thema ist im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit nicht neu. Bereits Mitte 2005 veröffentlichte das Entwicklungshilfe-Komitee der OECD hierzu eine Handreichung: Die Publikation *Environmental Fiscal Reform for Poverty Reduction* gilt als Referenzwerk für Geberorganisationen und -länder. (2) Viele Entwicklungs- und Schwellenländer haben die Bedeutung von ÖFSR für eine

nachhaltige Entwicklung ebenfalls erkannt. So lautet auch die positive Botschaft des zweitägigen Workshops, zu dem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Rahmen der Weltökosteuer-Konferenz 2007 einladen: Viele Instrumente werden bereits umgesetzt, ihre erweiterte Anwendung wird intensiv diskutiert. Die verschiedenen Preis- und Steuerinstrumente aus dem Bereich ÖFSR lassen sich in den Entwicklungs- und Schwellenländern jedoch unterschiedlich gut anwenden:

- Steuern und Preismechanismen auf natürliche Ressourcen sind für die meisten ressourcenreichen Länder relevant. (3)
- Verschmutzungsgebühren sind insbesondere für schnell wachsende Schwellenländer mit mittleren Einkommen wichtig, in denen industrielle Verschmutzung ein ernstes Problem für die Gesundheit der Bevölkerung darstellt.
- Im Bereich der Produktsubventionen und -steuern sind in den meisten Ländern ökologisch orientierte Reformen durchführbar, insbesondere in energieproduzierenden Ländern, in denen Kraftstoffsubventionen häufig hoch sind. (4)
- Nutzungsgebühren für Energie und Wasser ließen sich theoretisch in den meisten Ländern einführen. Dies muss aufgrund ihrer sozialen Dimension aber mit besonderer Sensibilität geschehen.

Welche Unterstützung ist nötig?

ÖFSR stehen also vor zahlreichen Herausforderungen: Sie müssen politisch durchsetzbar sein, wirksam umgesetzt werden und helfen, die Armut zu reduzieren. Workshopteilnehmer(innen) aus Argenti-

nien, China, Indien, Pakistan, Südafrika, Sri Lanka, Marokko und Uganda betonten darüber hinaus die Notwendigkeit eines stabilen Steuersystems inklusive befähigter Institutionen (Good Financial Governance). Dies sei die Voraussetzung, Staatseinkünfte erhöhen und regelmäßig in den Umweltschutz investieren zu können.

ÖFSR-Prozesse sind politisch oftmals sensibel. Welche Rolle können also Geber und Entwicklungsorganisationen wie die GTZ einnehmen, die im Auftrag der Bundesregierung oder anderer Auftraggeber Reformen und Veränderungsprozesse in Entwicklungs- und Schwellenländern begleiten?

Die Kernkompetenz der GTZ – auch im Bereich ÖFSR – ist das sogenannte Capacity Development, das die Handlungsfähigkeit von Individuen, Organisationen und Gesellschaften stärkt. Hierbei werden Multi-Stakeholder-Prozesse moderiert, Steuerbehörden unterstützt und der Fokus auf die Einnahmenseite erweitert. Die GTZ hilft auch bei der Abstimmung zwischen Ministerien, insbesondere den Finanz- und Umweltministerien, und analysiert, wie existierende Politik- und Steuerinstrumente ausgebaut werden können.

Im Auftrag des BMZ helfen GTZ-Expert(inn)en in Nicaragua beispielsweise beim Umbau der Forstverwaltung. Unter anderem soll Steuerhinterziehung, die durch illegalen Holzeinschlag entsteht, verhindert werden. Geldgeber, die in Aufforstungsprojekte investieren, erhalten zudem Steuerergünstigungen. Ebenfalls im Auftrag des BMZ wird die GTZ für das deutsch-indische Umweltprogramm das indische Ministerium für Stadtentwicklung, Bundesstaaten und Kommunen dabei unterstützen, städtische Umweltinfrastruktur nachhaltig zu finanzieren. Erreicht werden soll



In Nicaragua wird Wald – oft durch illegalen Holzeinschlag – in Landwirtschaftsfläche umgewandelt.

dies mittels Steigerung der Einkünfte städtischer Behörden, beispielsweise durch die Erhebung sozialverträglicher Nutzungsgebühren.

Gesamtkonzept Environmental Finance

Die Diskussion und Umsetzung von ÖFSR in Entwicklungs- und Schwellenländern kann im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in einen größeren Kontext gestellt werden. Das lösungsorientierte Konzept Environmental Finance fasst die Erfahrungen der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Einsatz moderner, durch ökonomische Anreize wirkender Instrumente zusammen und baut auf dem GTZ-Ansatz zu Governance im Umweltbereich auf. (5) Denn die Ursachen für eine nicht-nachhaltige Ressourcennutzung sind oftmals politische Steuerungsdefizite, Mangel an institutionellen Kapazitäten sowie Marktversagen.

Ressourcen werden übernutzt oder verschmutzt, weil dies aus Sicht des Nutzers profitabler ist. Außerdem können viele Partnerländer nicht genügend eigene finanzielle Mittel für den Umweltschutz mobilisieren. Es fehlt häufig an der Entwicklung und Umsetzung einer Kombination von Instrumenten, die sowohl Aufkommen für die Haushalte und die Aufgaben des Umweltschutzes erzielen als auch in Richtung nachhaltiger Ressourcennutzung lenken, und die politisch, wirtschaftlich und technisch umsetzbar sind.

Environmental Finance soll Anreize für nicht-nachhaltiges Verhalten sowie Finanzierungslücken ausfindig machen. Sich gegenseitig unterstützende Instrumente und Mechanismen sollen kohärent kombiniert werden und einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen forcieren. Beispiele für solche Finanzierungsinstrumente und -mechanismen sind neben ÖFSR unter anderem Access and Benefit Sharing, Klimaschutzzertifikate, ökologisch-soziale Zertifizierungen sowie Umwelt- und Naturschutzfonds.

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Anmerkungen

- (1) OECD DAC Network on Environment and Development Co-operation (2007): Natural resources and pro-poor growth: The economics and politics of natural resource use in developing countries (DCD/DAC/ENV/RD(2007)1/RD1). Paris.
- (2) Download: www.oecd.org/dataoecd/14/25/34996292.pdf. Die GTZ hat eine Reihe Konferenzen zu ÖFSR im Kontext internationaler Zusammenarbeit dokumentiert: GTZ (Hrsg.) (2004): Environmental Fiscal Reform for Sustainable Development and Poverty Reduction. Eschborn/Bonn. Download: www.oecd.org/dataoecd/15/42/36309072.pdf.
- (3) Vgl. z.B. GTZ (Hrsg.) (2005): EFR and National Forest Policies – An overview of forest fiscal revenue systems in 18 countries. Eschborn.
- (4) Vgl. z.B. GTZ (Hrsg.) (2007): International Fuel Prices 2007. 5th Edition – More than 170 Countries. Eschborn. Download: www.gtz.de/en/themen/umwelt-infrastruktur/transport/10285.htm.
- (5) Fischer, Anke/Petersen, Lorenz/ Huppert, Walter (2004): Natürliche Ressourcen und „Governance“-Anreize nachhaltiger Nutzung. Handreichung. Eschborn.



Zu den Autoren

Axel Olearius, geb. 1977, studierte Politikwissenschaft und ist Mitarbeiter des GTZ-Projekts Rioplus – Umweltpolitik und Förderung von Strategien nachhaltiger Entwicklung. Er ist als Berater und Trainer in Afrika, Asien und Lateinamerika tätig.

Stephanie Lorek, geb. 1978, studierte Volkswirtschaftslehre und ist im GTZ-Projekt Environmental Finance der Abteilung Umwelt und Klima tätig. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf anreizorientierten Instrumenten der Umweltpolitik und auf Governancethemen.

Marina Kosmus, geb. 1972, studierte Anthropologie und Agrarökonomie und ist Beraterin und Trainerin im Bereich Naturschutz, Finanzierung und Governance in der Abteilung Umwelt und Klima der GTZ und zuständig für das GTZ-Projekt Environmental Finance.

Kontakt

E-Mail Axel.Olearius@gtz.de
 E-Mail Stephanie.Lorek@gtz.de
 E-Mail Marina.Kosmus@gtz.de

Wir danken besonders den Sponsoren der GCET 2007:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU); Umweltbundesamt; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ); Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ); Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Österreich); Ministry of the Environment in the Czech Republic; Swedish Agency for International Development Cooperation (SIDA); UK Department for International Development (DFID); Europäische Umweltagentur (EEA); United Nations Development Programme (UNDP); United Nations Environment Programme (UNEP); Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD); European Environmental Bureau (EEB); Deutsche Bank AG; EthikBank; Stadtwerke München GmbH; Project Complexity; HIPP; Greenpeace Energy eG; Unternehmensgrün e.V.; Volksbanken Raiffeisenbanken; ZMM Zeitmanager München GmbH; Management Angels GmbH; Genossenschaftsverband Bayern; Universität Regensburg; Macquarie Law School, Sydney, Australia; Environmental Tax Policy Institute at Vermont Law School, USA; Bundesverband Erneuerbare Energien e.V. (BEE); ENDS Europe Daily und ENDS Europe Report; Rotary Club Munich International, München-Nymphenburg

Der Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. plant die Ausweitung seiner Arbeit auf europäischer und internationaler Ebene. Wir freuen uns über weitere Förderer und Unterstützerinnen.

Kontakt



Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. (FÖS)
Landsberger Str. 191
80687 München
Fon 089-520113-13/Fax -14
foes@foes.de, www.foes.de, www.eco-tax.info

Der Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. tritt als überparteiliche Organisation für eine Ökologische Finanzreform ein, deren Kernstück die Ökologische Steuerreform bildet. Zu dieser gehören aber auch andere ökofiskalische Instrumente wie etwa der Emissionshandel oder der Abbau umweltschädlicher Subventionen.

Vorstand:

Dr. Anselm Görres – Dipl.-Vw. Kai Schlegelmilch – Dipl.-Vw. Bettina Meyer – Dipl.-Vw. Andreas Wolfsteiner – Dipl.-Vw. Edgar Endrukaitis, – Dipl.-Math. Florian Prange

Geschäftsstelle:

Andrea Sauer – Jacqueline Cottrell – Christian Meyer – Sebastian Schmidt

Beiratsmitglieder:

Dr. Gerhard Berz – Prof. Dr. H.-C. Binswanger, CH – Dr. Frank Convery, IRE – Dr. Henner Ehringhaus, CH – Dr. Martin Bursik, CZ – Josef Göppel, MdB – Dr. Franz Fischler, A – Prof. Dr. Hartmut Graßl – Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, CH – Norbert Mann – Dr. Paul E. Metz, NL – Janet E. Milne, USA – Yannis D. Paleocrassas, GR – Prof. Dr. Albert J. Rädler – Dr. Georg Riegel – Christine Scheel, MdB – Matthias Max Schön – Prof. Dr. Ulrich Steger – Prof. Dr. Norbert Walter – Prof. Dr. E. U. von Weizsäcker, MdB a.D. – Prof. Dr. Wolfgang Wiegand – Anders Wijkman MdEP, S – Dr. Angelika Zahrrt

Impressum

„Ökosteuern weltweit auf dem Vormarsch“
ist eine Sonderveröffentlichung
der *politischen ökologie* ¹⁰⁹

Herausgeber:

Förderverein Ökologische Steuerreform e.V.
(FÖS)
Landsberger Str. 191
D-80687 München
www.foes.de

Verlag:

oekom, Gesellschaft für ökologische
Kommunikation mbH,
Waltherstraße 29, D-80337 München,
Fon ++49/(0)89/544184-0,
Fax ++49/(0)544184-49
www.oekom.de

Redaktion:

Nina Rehbach

Grafik/Satz:

Sandra Filic

Druck:

Kessler Druck + Medien
Michael-Schäffer-Str. 1
D-86399 Bobingen

Bildnachweise:

S. II: FÖS
S. IV: www.fotolia.com/©Andre Günter
S. VII: GTZ